

WAHLPROGRAMM 2017

déi  
gréng

# GRÉNG WIERKT

GEMENGE  
WAHLEN  
2017



### **I. Kinder: Die besten Chancen für alle Kinder**

1. Hohe Qualität bei der Kinderbetreuung - Schule als attraktiver Lern- und Lebensort

### **II. Zusammen leben: Eine Gemeinde für alle**

1. Kinder- und jugendgerechte Infrastrukturen bereitstellen
2. Ein vielfältiges lokales Kulturangebot
3. Sport für alle
4. Armut verhindern
5. Genderpolitik als Leitmotiv
6. Design for All - Die Menschen im Mittelpunkt
7. Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der Senioren erhalten
8. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt der kulturellen Vielfalt
9. Eine weltanschaulich offene und pluralistische Gesellschaft

### **III. Demokratie und Verwaltung: Eine offene Gemeinde**

1. Umfangreiche Information, Transparenz und Zugänglichkeit
2. Breites Angebot zum Mitreden
3. Im Dienst der Bürgerinnen und Bürger

### **IV. Stadt- und Gemeindeentwicklung: Bessere Planung, mehr Lebensqualität**

1. Gemeindeentwicklung optimal planen
2. Intelligenter bauen, erschwinglichen Wohnraum schaffen
3. Mehr Service durch regionale Zusammenarbeit
4. Optimales Angebot für eine bessere Mobilität
5. Gemeindeeigene Ressourcen nachhaltig nutzen

### **V. Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz: Eine gesunde Umwelt – eine artenreiche Natur**

1. Natürliche Vielfalt und eine gesunde Umwelt erhalten
2. Eine hohe Wasserqualität
3. Abfallwirtschaft - von der linearen zur Kreislauf-Wirtschaft

### **VI. Kommunalen Schub für die gesellschaftliche Transformation**

1. Die Gemeinde als Motor für gesellschaftliche Transformation und als verantwortungsbewusster Konsument
2. Der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien
3. Nachhaltiger Tourismus als Wirtschafts- und Kulturfaktor

## GRÉNG WIERKT

Bezahlbarer Wohnraum, gute Kinderbetreuung, Schutz unserer Umwelt, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit: das sind nur einige der Themen, welchen sich die Gemeinden in den nächsten Jahren verstärkt annehmen müssen. Hinzu kommen die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – eine gerechtere Verteilung der Ressourcen, der Klimaschutz und die Energiewende -, die nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gemeistert werden können. Die Gemeinden befinden sich in einer Schlüsselposition, um diese Herausforderungen konkret anzugehen, denn sie gestalten das direkte Umfeld ihrer Bürgerinnen und Bürger. Hier ist der Kontakt zwischen den EinwohnerInnen und den politisch Verantwortlichen am leichtesten herzustellen und so können politische Entscheidungen getroffen werden, die zur jeweiligen Situation vor Ort passen.

Mit unserem Rahmenprogramm für die Gemeindewahlen 2017 präsentieren wir Konzepte und viele konkrete Vorschläge, um die zukünftigen Herausforderungen auf Gemeindeebene positiv anzugehen. Grüne Gemeindepolitik steht auf den drei Säulen der Nachhaltigkeit, dem gleichberechtigten Zusammenwirken von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten. Grüne Gemeindepolitik ist daher manchmal etwas komplexer, da viele unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen sind, um nachhaltige Politik zu machen. Unsere Lösungen greifen oft ineinander, ergänzen sich und haben immer das Ganze im Blickfeld, auch längerfristige Ziele:

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Zukunft zu gestalten, ist vor allem auf Gemeindeebene sinnvoll und konkret machbar. Bürgerbeteiligung hat viele Vorteile. Sie bewirkt eine größere Akzeptanz für Projekte und konkretes Miteinanderarbeiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, sie bringt Zeitgewinn für Politik und Verwaltung und Gewinn an praktischer Kompetenz und Erfahrung.

Indem die Gemeinden beim Wohnungsbau und der Mobilisierung von leerstehenden Wohnungen und Baulücken aktiv werden, entsteht erschwinglicher Wohnraum für alle. Gleichzeitig können die Gemeinden dafür sorgen, dass die verschiedenen Funktionen - Wohnen, Arbeiten und Freizeit - wieder näher zusammengeführt werden, weniger Land verbraucht wird und lebendige Dörfer und Stadtkerne erhalten bleiben.

Städte und Gemeinden werden ihren Bewohnerinnen und Bewohnern zurückgegeben durch eine lebenswerte Raumgestaltung und die Förderung der sanften Mobilität. Dies reduziert Lärm und Abgase, bringt Kindern und Jugendlichen mehr Sicherheit und Mobilität und verbessert generell die Lebensqualität.

Der Einsatz von regionalen Bioprodukten in Schulkantinen fördert die Gesundheit der Kinder, entlastet die Umwelt, sichert Arbeitsplätze in der nationalen Lebensmittelproduktion und stärkt die regionale Wirtschaft.

Eine optimale Kinderbetreuung in einer hohen Qualität mit einem umfangreichen außerschulischen Angebot bietet den Kindern ein adäquates Umfeld in ihrer Gemeinde, fördert ihre sprachlichen und sozialen Kompetenzen, die Integration und Partizipation. Sie unterstützt aber auch die Eltern, trägt zu mehr Chancengleichheit bei und stärkt die Kinder für die heutigen und zukünftigen Herausforderungen.

Ein ambitionierter Klimaschutz ist gut für unsere Umwelt, produziert einen kommunalen Mehrwert und schafft regionale und sichere Arbeitsplätze. Jede Energie, die wir einsparen und die Energie, die wir selber nachhaltig produzieren, wenn möglich in Energiekooperativen, sind ein Gewinn sowohl für die Bürgerinnen und Bürger wie für den Planeten.

In unserem Rahmenprogramm für die Gemeindewahlen 2017 finden alle grünen Lokalpolitiker und -politikerinnen Inspiration für ihre politische Agenda 2017 - 2023. Unter dem Motto „gréng wierkt“ präsentieren wir hier grüne Konzepte und konkrete Vorschläge für die Gemeinden, die ganz klar nachhaltig sind. Grüne MandatsträgerInnen haben in den letzten Jahren etliche Maßnahmen mit Erfolg durchgesetzt und gezeigt, dass man besonders in den Gemeinden viel bewegen und bewirken kann.

**Françoise Folmer**, Parteipräsidentin  
**Christian Kmiotek**, Parteipräsident

## **THEMA I. Kinder/Schule - Die besten Chancen für alle Kinder**

### **1. Unser Ziel: Hohe Qualität bei der Kinderbetreuung – Schule als attraktiver Lern- und Lebensort**

**Ein qualitativ hochwertiges Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen in jeder Gemeinde ist der Schlüssel für mehr Chancengleichheit, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern. Eine enge Koordination und Vernetzung zwischen Kinderbetreuung und Schule sowie die Einbeziehung der Eltern und der Kinder sind unerlässlich. Gemeinden haben über die jährliche Genehmigung der Schulorganisation, über begleitende außerschulische Maßnahmen, vor allem jedoch durch die Verantwortung für die kommunalen Schulgebäude einen erheblichen Einfluss auf optimale Entwicklungsmöglichkeiten für alle Kinder.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Wir werden die Wartelisten in den Einrichtungen der Kinderbetreuung abschaffen, indem wir genügend öffentliche Betreuungsstrukturen schaffen. Das Angebot soll vielfältig (z.B. Bëschcrèche) und flexibel sein, qualitativ hochwertig und ganztätig für Kinder aller Altersstufen offen stehen. Jede Einrichtung soll ihr Konzept erstellen und offen legen.
- Um den Kindern in den Betreuungsstrukturen optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, streben wir eine Zusammenarbeit mit den lokalen Vereinen (Sport, Musik) und kommunalen Einrichtungen an, um eine enge Kooperation zwischen dem Betreuungspersonal, den sozialen Diensten und den Eltern zu gewährleisten.
- Wir werden auf der Basis des ‚Plan d’encadrement périscolaire‘ (PEP) eine enge Zusammenarbeit zwischen ‚Maison Relais‘ und Schule fördern.
- Die Gemeinde unterstützt und fördert, über die eigentliche Schulorganisation hinaus, zusätzliche pädagogische Initiativen und Projekte in den Bereichen Sport, Kultur, Umwelt und Natur, Medien, etc.
- Die Gemeinde begleitet und unterstützt das Lehrpersonal bei der Umsetzung des PDS (Plan de développement scolaire) und unterstützt das Lehrpersonal bei der Weiterbildung.
- Die Gemeinde pflegt einen engen Dialog mit den Eltern und unterstützt Elternvereinigungen in ihrer Arbeit.
- Die Gemeinde stellt großzügige, gut ausgestattete Räumlichkeiten für die Grundschule und die Kinderbetreuung zur Verfügung und schafft die Voraussetzungen, um Kindern mit spezifischen Bedürfnissen (Verhaltensauffälligkeiten, Lernschwierigkeiten, Kinder mit einer Behinderung, ...) einen gleichberechtigten Zugang zu allen Einrichtungen zu gewähren. Die Gemeinden unterstützen die Arbeit mit Kindern mit spezifischen Bedürfnissen und stellen, alleine oder im Verbund mit anderen Gemeinden, besondere Räume (z.B. Psychomotoriksaal, Snoezelraum, Airtramp...) und Material bereit.
- Die Gemeinde setzt sich aktiv für eine Inklusion der Kinder ein, indem sie dafür sorgt, dass alle Kinder, unabhängig ihrer sozialen und nationalen Herkunft, am regulären Unterricht teilnehmen können (Schule für alle).
- Beim Neubau bzw. der Renovierung von Schulräumen und Betreuungseinrichtungen werden umweltfreundliche Baustoffe verwendet und es wird konsequent auf sparsamen Energie- und Wasserverbrauch gesetzt. Besonderer Wert wird auf eine gute akustische Gestaltung gelegt.
- Pausenhöfe und Spielplätze werden abwechslungsreich und naturnah geplant oder umgestaltet, damit sie den Kindern optimale Entfaltungsmöglichkeiten bieten.
- In der direkten Umgebung der Schulen und Betreuungseinrichtungen werden Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (Autofrei, Tempo 30 Zonen) getroffen.

- In Zusammenarbeit mit spezialisierten Strukturen, bieten wir Dienstleistungen an, die Kinder im Krankheitsfall betreuen.
- Wir wollen Initiativen unterstützen und koordinieren, die Eltern in Erziehungsfragen begleiten und beraten.
- Die Inklusion von Kindern mit Behinderung wird durch angepasste Infrastrukturen sowie durch bedarfsorientierte Weiterbildungen gewährleistet. Bei Freizeit- und Ferienaktivitäten werden wir die Belange dieser Kinder berücksichtigen.
- Auch während der Schulferien werden wir in Zusammenarbeit mit den Sport- und Kulturvereinen ein breites Sport- und Freizeitangebot anbieten.
- déi gréng wollen in den Betreuungsstrukturen (SEA – Services Education et Accueil; Maisons Relais) generationenübergreifende Projekte durchführen, welche Kinder, Jugendliche und ältere Personen zusammenführen.
- Um die Integration von Flüchtlingskindern zu vereinfachen, werden wir die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und zusätzliches Personal einstellen.
- Die Gemeinde unterstützt alle Maßnahmen für eine präventive Gesundheitserziehung. Dazu zählt z.B.:
  - o eine gesunde Ernährung in den Schulkantinen, mit viel Gemüse und Obst sowie täglich angebotenen, hochwertigen, vegetarischen Gerichten,
  - o eine Mindestquote bei der Beschaffung der Nahrungsmittel für Schulkantinen und Maisons relais für einen vermehrten Einsatz von saisonalen Bioprodukten, sowie Produkten aus fairem Handel und regionaler Produktion,
  - o viele Bewegungsmöglichkeiten für die Kinder, z.B. im Pausenhof und indem der Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad/Roller zurückgelegt wird,
  - o die Schaffung von ausreichenden und modernen Infrastrukturen für den Schulsport in direkter Nähe.
- Die Bildung für nachhaltige Entwicklung, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit Umwelt und natürlichen Ressourcen vermittelt, wird gefördert. Die Schule gibt sich eine vorbildliche Abfallvermeidung und Mülltrennung, führt Energie- und Wassersparkonzepte ein, richtet einen Schulgarten ein und fördert Transfair und Nord-Süd Projekte. Außerdem soll die Partizipation der Schülerinnen und Schüler gefördert werden. Die Gemeinde schafft neue kommunale bzw. regionale Lernorte, wie z.B. Naturschulen.
- Die Gemeinde sorgt für einen sicheren Schulweg, damit alle Kinder zu Fuß zur Schule gehen können. Falls ein Schultransport angeboten wird, soll dieser kostenlos sein.

## THEMA II. Sozialpolitik - Zusammen leben: Eine Gemeinde für alle

### 1. Unser Ziel: Kinder – und jugendgerechte Infrastrukturen bereitstellen

Die Kinder- und Jugendpolitik der Gemeinde hat mehrere Ziele: ein adäquates Umfeld zu schaffen, damit junge Menschen sich wohl fühlen in ihrer Gemeinde, Partizipation, Engagement und soziale Integration zu fördern und benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu helfen. Indem die Gemeinde Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schafft, fließen deren Wünsche und Interesse in die Entwicklung von kommunalen Projekten ein und Partizipation sowie gesellschaftliches und politisches Engagement werden von früh auf gefördert.

#### Unsere Maßnahmen:

- Kinder und Jugendliche werden aktiv bei den Entscheidungen der Gemeindepolitik einbezogen:
  - o Kindergemeinderäte und Jugendforen werden eingerichtet.
  - o Kinder und Jugendliche werden rechtzeitig bei der Stadt- und Verkehrsentwicklung, sowie bei der Planung von Grün- und Spielflächen oder Sportanlagen einbezogen.
  - o Im Vorfeld von jugendpolitischen Entscheidungen werden Jugendliche, Jugendhäuser und Jugendvereine gezielt einbezogen.
  - o Dabei wird darauf geachtet, dass der Anteil an Mädchen und Jungen ausgewogen ist und eine soziale Mixität in der Gruppe besteht, dh. eine ausgeglichene Beteiligung von Jugendlichen verschiedener Herkunft.
- Die Gemeinde richtet Jugendtreffs oder Jugendhäuser ein. Lokale Jugendorganisationen werden in die Verwaltung und Nutzung dieser Strukturen miteinbezogen.
- Die Gemeinde bietet ein breitgefächertes Angebot an Freizeit-, Ferien-, Sport- und Kulturaktivitäten an und richtet Spiel-, Sport- und Aufenthaltsplätze für Kinder und Jugendliche ein :
  - o Diese entsprechen den spezifischen Bedürfnissen der verschiedenen Altersstufen und sind sowohl für Mädchen als auch für Jungen attraktiv.
  - o Sie richten sich auch an junge Menschen mit spezifischen Bedürfnissen und sind barrierefrei zugänglich.
- Um die eigenständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, setzen die Gemeinden ein sicheres Fuß- und Radwegenetz um, sorgen für einen sicheren Schulweg und bieten ihnen die bestmöglichen Bedingungen beim Benutzen des öffentlichen Transports, sowie Late-night-Busse oder Sonderbusse.
- Die Gemeinde schafft alternative Wohnprojekte, wo junge Erwachsene in Wohngemeinschaften leben können.
- Ein Jugendkommunalplan wird mit den Jugendlichen zusammen ausgearbeitet und umgesetzt.
- Die Gemeinde gibt sich eine Strategie, um die Jugendarbeitslosigkeit vor Ort zu bekämpfen:
  - o Sie arbeitet mit der Arbeitsagentur ADEM und den Regionalbüros des ‚Service National de la Jeunesse‘ zusammen, bildet Synergien mit den lokalen Betrieben und dem Handel und bindet die Sozial- und Solidarwirtschaft mit ein.
  - o In Kooperation mit den zuständigen Instanzen schafft sie Ausbildungsplätze für Jugendliche, die eine Lehre absolvieren möchten und schlechte Berufsaussichten haben.
  - o Sie schafft in der Verwaltung, den technischen Diensten und den Maisons relais Ferienjobs für Schüler und Studenten.

- Sie stellt junge Arbeitssuchende im Rahmen von Berufsförderungsverträgen (Contrat d'appui-emploi, CAE) und Berufseinführungsverträgen (Contrat d'initiation à l'emploi, CIE) ein, um ihre Berufseingliederung zu erleichtern.
  - Größere Gemeinden schaffen eine lokale Arbeitsagentur als kommunale Anlaufstelle für Arbeitssuchende.
- Im Zusammenhang mit der Vergabe von Subsidien an Sozial-, Kultur- und Sportvereine führt die Gemeinde transparente Kriterien ein, welche die Sozial- und Aufbauarbeit mit Kindern und Jugendlichen besonders fördern.

## **2. Unser Ziel: Ein vielfältiges lokales Kulturangebot**

**Kultur steht für Lebensqualität und fördert die Integration und den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinde. Die kommunale Kulturpolitik muss vielschichtig sein und die unterschiedlichen kulturellen Interessen der Bevölkerung berücksichtigen. Das kulturelle Leben soll für alle Menschen zugänglich sein.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Bei der kommunalen Kulturpolitik werden wir darauf achten, dass alle sozialen Gesellschaftsschichten sowie Schulen, Betreuungsstrukturen, Jugendzentren und Kulturschaffende beteiligt werden. Wir werden konsequent auf interkommunale Kooperation und regionalen Austausch setzen, um ein vielfältiges Kulturangebot zu erreichen und die Ressourcen effizient zu nutzen. Die Gemeinde wird umfassend über das kulturelle Angebot in der Gemeinde und der Region informieren.
- Priorität gilt der Förderung von Kultur, Kunst und Kreativität bei Kindern und Jugendlichen. déi gréng unterstützen die Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek und von Proberäumen, Aufführungs- und Ausstellungsräumen für Jugendliche. Die Gemeinde unterstützt mit Subsidien kulturelle Aktivitäten in den Grundschulen, Kinderbetreuungsstrukturen oder Jugendzentren wie Besuche von Kulturveranstaltungen und Bibliotheken. Die aktive und kreative Partizipation an Kulturprojekten wird gefördert.
- Die Gemeinde fördert gezielt kulturelle Vereine oder Kulturschaffende, die sich für die Partizipation von Kindern oder Jugendlichen sowie den interkulturellen und/oder intergenerationellen Austausch und die Integration einsetzen. Den Kulturvereinen werden adäquate Infrastrukturen zur Verfügung gestellt.
- Die Gemeinde sorgt für eine angemessene Archivierung und Aufbereitung der lokalen zeitgeschichtlichen Ereignisse (mémoire collective) sowie der Geschichte der verschiedenen Orte, Ortsviertel oder historischen Gebäude. Sie unterstützt zusammen mit lokalen Vereinen eine lebendige Gestaltung der Heimatkunde, auch durch Hinweise und Beschriftung im öffentlichen Raum.

## **3. Unser Ziel: Sport für alle**

**Indem die Gemeinde sportliche Aktivitäten anbietet und unterstützt, übernimmt sie eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsförderung ihrer Bevölkerung. Sport erfüllt eine Reihe von Funktionen mit positiven Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, das persönliche Wohlbefinden, die Erziehung und das Lernen. Das Sportangebot der Gemeinde muss somit möglichst breitgefächert sein und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde bietet ein breitgefächertes Angebot an Sportaktivitäten und -kursen an, die sich an unterschiedliche Bevölkerungs- und Altersgruppen richten. Ein kommunaler Sportdienst, der ‚Service des sports‘ organisiert und koordiniert dieses Angebot.
- Bei der Gestaltung öffentlicher Räume, Waldwege, Parks und Grünzonen wird darauf geachtet, dass Sportaktivitäten im Freien möglich sind.
- Wir werden die Aufbauarbeit mit Kindern und Jugendlichen gezielt fördern und auf genderspezifische Ansprüche achten.
- Die Vergabe von Subsidien an Sportvereine werden an Kriterien geknüpft wie die Einstellung von ausgebildeten Trainerinnen und Trainern, gemeinsame Sportangebote für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen und/oder Senioren, sowie die Berücksichtigung von umweltfreundlichen Kriterien bei öffentlichen Veranstaltungen.
- In den Grundschulen und Kinderbetreuungsstrukturen wird darauf geachtet, dass die Kinder genügend Bewegung haben und dass ein breitgefächertes Angebot an sportlichen Aktivitäten angeboten wird.
- Um den Breitensport zu fördern, wird der (ganzjährige) Zugang zu den Sportinfrastrukturen auch jenen Personen ermöglicht, welche nicht in Vereinen aktiv sind.
- Eine effiziente Nutzung der Sportinfrastrukturen kann meistens nur im regionalen Kontext geschehen. Daher werden wir die Planung, den Bau und die Nutzung der Sportinfrastrukturen zusammen mit den Nachbargemeinden organisieren und wenn möglich auch staatliche Infrastrukturen (z.B. in Lyzeen) einbinden.

### **4. Unser Ziel: Armut verhindern**

**Eine der Hauptaufgaben der Gemeinde ist die Prävention und Bekämpfung von Armut. Die Gemeinden kennen die Anliegen ihrer Bürger und Bürgerinnen am besten und sehen gesellschaftliche Probleme als erste. Demzufolge nehmen sie eine zentrale Rolle beim Erhalt der sozialen Kohäsion ein. Die Gemeinden müssen dafür sorgen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zum gesellschaftlichen Leben haben, ob sie sich in schwierigen Situationen befinden oder nicht. Nur Chancengleichheit kann Ausschluss und Armut wirkungsvoll verhindern und bekämpfen. Menschen, die auf Unterstützung und soziale Hilfe angewiesen sind, dürfen nicht stigmatisiert werden. Ziel ist, dass sie nach und nach unabhängig vom Sozialamt werden und Eigenverantwortung für ihr Leben übernehmen können.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Wir werden einen kommunalen Sozialplan ausarbeiten, mit dem Ziel Ausschluss und Armut zu verhindern. Dieser Sozialplan definiert die Prioritäten und politischen Instrumente der kommunalen Sozialpolitik. Er ist regelmäßig zu überarbeiten und an neu auftretende Bedürfnisse anzupassen und wird regelmäßig im Gemeinderat behandelt. Dieser Sozialplan begreift insbesondere:
  - o eine Bestandsaufnahme der sozialen Lage sowie der spezifischen Bedürfnisse in den verschiedenen Stadtvierteln oder Ortschaften,
  - o die Instrumente und Unterstützungen, die den Menschen in schwierigen Situationen angeboten werden,
  - o eine umfassende Informationspolitik über die Sozialleistungen in der Gemeinde,
  - o ein kommunales Programm, das Armut vorbeugt, bekämpft und verhindert.



- Die Gemeinde setzt gezielt aufsuchende Sozialarbeit ein. Initiativen wie ‚Baby plus‘ beinhalten eine Unterstützung oder Gesundheitsfürsorge für Kinder und gleichzeitige Beratung der Eltern. ‚Senior plus‘ hilft gegen Isolation im Alter und beugt Altersarmut vor.
- Die Gemeinde unterstützt präventive und unterstützende Angebote wie z.B. die ‚Eltereschool‘.
- Die Gemeinde hilft, eine ‚Epicerie sociale‘ oder ein ‚Cent Buttek‘ in ihrer Gemeinde oder in der Region aufzubauen.
- Einkommensschwache Haushalte erhalten eine zusätzliche Beihilfe zur staatlichen Teuerungszulage, um unter anderen die Kosten für Energie, Wasser, Abwasser und Müll teilweise zu kompensieren.
- Ein besonderes Augenmerk gilt dem Vorbeugen der Energiearmut:
  - o Hierbei greift die Gemeinde auf das staatliche Programm ‚Unterstützung von Haushalten, die unter Energiearmut leiden‘ (Programme Assistance aux ménages en situation de précarité énergétique) zurück.
  - o Das Sozialamt und die kommunale/regionale Energieberatung arbeiten eng zusammen und bieten einkommensschwachen Haushalten ein gezieltes Beratungsangebot mit Hilfestellung zum Energie- und Wassersparen, sowie von Müllvermeidung vor Ort an.
  - o Die Gemeinde bezuschusst verbrauchsarme Haushaltsgeräte und gibt Beihilfen bei Isolationsarbeiten.
  - o Die Gemeinde organisiert eine Informations- und Sensibilisierungskampagne, welche hilft, das staatliche Förder- und Investitionsprogramm zur energetischen Altbausanierung für einkommensschwache Haushalte umzusetzen. Dieses Programm bezieht auch Mietwohnungen mit ein.
- Die Gemeinde hilft bei der Vermittlung von Wohnungen und arbeitet mit der AIS (Agence immobilière sociale) und anderen Einrichtungen zusammen, wie ‚housing first‘-Institutionen, die im Bereich der Wohnungshilfe tätig sind. Parallel dazu erstellt die Gemeinde ein Inventar leerstehender Wohnungen und vermittelt deren Besitzer an die AIS.
- Indem die Gemeinde im sozialen Mietwohnungsbau aktiv wird, sorgt sie für ein ausreichendes Angebot an erschwinglichem und adäquatem Wohnraum, der den unterschiedlichen persönlichen und wirtschaftlichen Situationen der Bevölkerung angepasst ist.
- Die Gemeinde zeigt sich solidarisch mit den Flüchtlingen und fördert bei den Bürgern und Bürgerinnen und den Vereinen die Toleranz für die Aufnahme von Flüchtlingen.
- Die Gemeinde sorgt für eine transparente, unbürokratische und kohärente Sozialhilfe. Im Rahmen ihres Bürgeramtes schafft sie einen zentralen und einfachen Zugang zu den sozialen Dienstleistungen (guichet unique, guichet social). Eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen kommunalen Dienststellen und dem Sozialamt sorgt für aufeinander abgestimmte Sozialleistungen. Die Gemeinde informiert umfassend, in mehreren Sprachen und leicht verständlich, über die angebotenen Leistungen und die wichtigen Anlaufstellen, auch in der Region und auf nationaler Ebene.
- Die Gemeinde bietet Arbeitslosenvermittlung in Strukturen der Solidar- und Sozialökonomie an, sowie Berufsberatung und gezielte Arbeitsvermittlung für Schulabbrecher. In Kooperation mit den zuständigen Instanzen schafft sie Ausbildungsplätze für Jugendliche mit schlechten Berufsaussichten.
- Die Gemeinde beteiligt sich am dezentralen Aufbau von sozialen Hilfsstrukturen und – maßnahmen und bietet zB. Notunterkünfte für Obdachlose an.
- Es wird eine eigenständige Sozialkommission geschaffen, die bei der Aufstellung und Umsetzung des Sozialplans oder der Sozialpolitik der Gemeinde miteinbezogen wird.

## **5. Unser Ziel: Genderpolitik als Leitmotiv**

**Die Gemeinde gibt sich eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und setzt sich aktiv gegen Diskriminierung und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts ein. Hierzu zählt auch der Schutz vor Diskriminierungen und die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von homosexuellen Menschen und Transgender Personen, also Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht „Mann“ oder „Frau“ identifizieren oder einen Wechsel ihres biologischen Geschlechts ins Auge fassen.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde richtet eine Stelle für Gender- und Gleichstellungspolitik ein. Neben der Gleichstellung von Frauen und Männern wird sich dieses Amt/Büro mit den Themen der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität befassen. Kleinere Gemeinden setzen sich mit anderen Gemeinden zusammen, um ein Amt/Büro auf regionaler Ebene zu schaffen. Diese Stelle verfügt über ein eigenes Budget und über ausreichendes und qualifiziertes Personal.
- déi gréng werden eine kommunale Kommission für Chancengleichheit einrichten.
- Die Gemeinde unterschreibt die europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene:
  - o Die Gemeinde setzt die EU-Charta in einem Gleichstellungsplan um (Plan d'action communal de l'égalité entre femmes et hommes), der Ziele und Prioritäten definiert und die Maßnahmen festhält, die in einem bestimmten Zeitraum umgesetzt werden.
  - o Dieser Aktionsplan fördert die Gleichstellung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeindeverwaltung.
  - o Gendermainstreaming wird zum Instrument der Gemeindepolitik gemacht. Das bedeutet konkret, dass bei allen kommunalen Projekten und Angeboten die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden.
  - o Die Gemeinde bezieht die unterschiedlichen kommunalen Dienststellen und Konsultativkommissionen sowie die lokalen Organisationen in die Ausarbeitung des Aktionsplans mit ein.
  - o Der oder die Gleichstellungsbeauftragte koordiniert die Umsetzung des Aktionsplans.
- Die Gemeinde sorgt für eine ausgeglichene Beschäftigungsstruktur zwischen Frauen und Männern in ihrer Verwaltung und ihren Dienststellen:
  - o Der Anteil an Frauen und Männern wird untersucht und es werden Maßnahmen ergriffen, um die Ungleichgewichte zu beheben, auch in Bezug auf die Besetzung von Führungspositionen in der Verwaltung und von Verwaltungsratsposten in interkommunalen oder anderen Gremien, in welche die Gemeinde Vertreter entsendet.
  - o Die Entwicklung der kommunalen Beschäftigungsstruktur wird regelmäßig veröffentlicht.
  - o Die Gemeinde bemüht sich, traditionelle Geschlechterrollen und -stereotypen aufzubrechen und setzt Maßnahmen durch, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, indem beispielsweise Väter ermutigt werden, Familienurlaub zu nehmen.
  - o Junge Frauen und Männer werden bei ihrer Berufswahl ermutigt, sich für einen nicht-traditionellen Beruf zu entscheiden.
  - o Die Gemeinde nimmt jährlich am Girls'Day - Boys'Day teil.
- Die Gemeinde fördert aktiv das Gleichgewicht von Frauen und Männern bei der Besetzung der Kommissionen und Arbeitsgruppen. Sie ermutigt und unterstützt Frauen, sich aktiv in die Gemeindepolitik einzubringen und ihre Kandidatur bei Gemeindewahlen zu stellen.
- Die Gemeinde sensibilisiert die breite Öffentlichkeit, indem sie mithilfe von Aufklärungskampagnen über Diskriminierung und homophobe Gewalt und über die Umsetzung ihrer Genderpolitik informiert.

- Die Gemeinde führt Schulungen und Sensibilisierungskampagnen ihres Personals zu Gender- und Gleichstellungsfragen durch.
- Sie fördert in Schulen, ‚Maisons relais‘ und Jugendhäusern Projekte und Aktionen zur Information über Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung und Gleichstellung der Geschlechter, wie:
  - o die Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Diskriminierungen,
  - o die Beseitigung der Geschlechterrollen und Geschlechterstereotypen,
  - o die Beseitigung der Benachteiligung aufgrund des Geschlechts und die Anerkennung der individuellen Differenz.
- Gewalt in der Partnerschaft anzugehen, ist auch Gemeindegange. Die Gemeinde unterstützt Frauenhäuser und Beratungsstellen und sensibilisiert die Öffentlichkeit über häusliche Gewalt.“
- Namen der Straßen, Gebäude, Infrastrukturen usw. werden auch nach Frauen benannt.

## **6. Unser Ziel: Design for All - Die Menschen im Mittelpunkt**

**Design for All hat zum Ziel, allen Menschen eine freie und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Produkte, Infrastrukturen und Dienstleistungen müssen so gestaltet sein, dass sie von jedem benutzbar sind, unabhängig von Alter, Fähigkeiten und Lebensstilen und ohne besondere individuelle Anpassung. Damit das Konzept vom Design for All gelingt, muss es zusammen mit der breiten Öffentlichkeit ausgearbeitet werden. Die Umsetzung eines Design for All-Aktionsplans ist eine kontinuierliche Aufgabe für die Gemeinde und muss systematisch bei allen politischen sowie großen und kleinen infrastrukturellen Entscheidungen berücksichtigt werden.**

### **Unsere Maßnahmen :**

- Wir werden einen Aktionsplan entwickeln, der das Design for All-Konzept in der Gemeinde umsetzt. Ein Haushaltsposten wird für die Umsetzung des Aktionsplans definiert. Der Aktionsplan begreift vor allem:
  - o eine durchgehende Beseitigung oder Vermeidung von baulichen Barrieren im öffentlichen Raum, in Gebäuden oder Wohnungen,
  - o barrierefreie Internetseiten, mit zugänglich aufbereiteten Dokumenten und Formularen, Informationen in einfach verständlicher Sprache, gut lesbaren Informationstafeln in mehreren Sprachen,
  - o ein vielseitiges Angebot an Freizeit-, Sport- und Kulturaktivitäten sowie einem angepassten Tourismusangebot,
  - o eine einheitliche Beschilderung der Gemeinde mit vereinfachten Bildzeichen (Piktogrammen) und deutliche und gut verständliche Informations- und Orientierungshilfen im öffentlichen Raum.
  - o einen barrierefreien Zugang für den öffentlichen Transport.
- In der Gemeindeverwaltung wird ein Posten geschaffen, der für die Koordinierung und Kontinuität des Aktionsplans zuständig ist.
- Die Erstellung des Aktionsplans erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen kommunalen Dienststellen und Beratungskommissionen, aber auch mit externen Partnern, wie Vertretern von Elternvereinigungen, Schulen, ‚Maisons relais‘, Behindertenorganisationen, ‚Info-Handicap‘ und Seniorengruppen.
- Die Gemeinde kommuniziert über ihr Engagement und informiert laufend über die verschiedenen Etappen und umgesetzten Maßnahmen des Aktionsplans.

- Die Gemeinde bietet Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an, insbesondere für jene der technischen Dienste.
- Die Gemeinde setzt die gesetzlichen Vorgaben zur Einstellung von Arbeitssuchenden mit einer Behinderung um und schafft in ihrer Verwaltung und in ihren technischen Diensten Arbeitsplätze für diese Menschen.

## **7. Unser Ziel: Autonomie und Selbstbestimmung der Senioren erhalten**

**Die Altersspanne innerhalb der Seniorengruppe wird immer größer. Die Zusammensetzung dieser Altersgruppe ist sehr heterogen und die Bedürfnisse dementsprechend unterschiedlich: viele sind auch noch im hohen Alter gesund und aktiv, andere sind in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt oder aus anderen Gründen teilweise auf Hilfe angewiesen, der Anteil der ausländischen Senioren wächst. Die soziale Vernetzung bleibt die wichtigste Herausforderung, um gegen Isolation im Alter vorzugehen. Die Gemeinde muss die Senioren und Seniorinnen darin unterstützen, so lange wie möglich aktiv und eigenständig zu bleiben. Die Förderung des intergenerationellen Austausches und Zusammenlebens ist eine weitere Zielsetzung. Kommunale Seniorenpolitik betrifft viele Bereiche und muss daher in Partnerschaft mit öffentlichen Dienststellen, den lokalen Vereinen und den Betroffenen geplant werden. Senioren haben ihre Kompetenzen, Kenntnisse und Erfahrungen, die genutzt werden müssen.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Wir werden einen Seniorenkommunalplan umsetzen, der die unterschiedlichen kommunalen und privaten Akteure in der Gemeinde miteinbezieht und der zusammen mit den Senioren entworfen wird. Dieser Plan trägt der Diversität der älteren Bevölkerungsgruppe Rechnung, enthält Mechanismen gegen die Vereinsamung im Alter, fördert die Autonomie und die aktive Teilnahme der Senioren am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.
- Für Senioren, die in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt sind, ist ein nahe am Wohnort gelegenes Angebot an Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten wichtig. Um am sozialen Leben in ihrer Gemeinde teilnehmen zu können, ist ein barrierefreies und fußgängerfreundliches Umfeld unentbehrlich. Dies bedeutet konkret eine gute Beleuchtung der öffentlichen Wege, eine klare Beschilderung, sichere Fußgängerwege und kleine Grünflächen oder Parks mit Sitzgelegenheiten.
- Die Mobilität älterer Menschen wird verbessert durch ein Busangebot, das sowohl für Alltagsbesorgungen wie auch für Fahrten zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen zur Verfügung steht. Dieses Angebot wird durch ein Rufbussystem vervollständigt.
- In Zusammenarbeit mit der Seniorenkommission, der Integrationskommission und lokalen Vereinen werden Freizeit, Sport- und Kulturaktivitäten angeboten, die sich an Senioren und Seniorinnen der unterschiedlichen kulturellen und sozialen Schichten richten und den interkulturellen Austausch fördern. Ein besonderes Augenmerk gilt den alleinstehenden, ausländischen Senioren und Seniorinnen, welche die hiesigen Sprachen nicht (gut) beherrschen.
- Die Gemeinde schafft einen Seniorentreff.
- Die Gemeinde sorgt für ein breites Hilfsangebot an Unterstützung für zu Hause, wie Essen auf Rädern, ‚Services de proximité‘, bzw. Hilfe im Alltag, Telealarm und aufsuchende Sozialarbeit, wie ‚Senior plus‘.
- Die Gemeinde informiert in einem ‚Guide Senior‘ in mehreren Sprachen über das Angebot an Dienstleistungen, Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten. Sie sucht regelmäßig den Dialog mit den Senioren, etwa in Seniorenforen oder durch Befragungen.

- In den Stadt- oder Dorfzentren werden neue Wohnformen, wie Mehrgenerationen-Wohnungen und Betreutes Wohnen gefördert. Gemischte Wohnformen als Bindeglied zwischen den Generationen werden bevorzugt. Das Design for All-Konzept wird umgesetzt.

## **8. Unser Ziel: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt der kulturellen Vielfalt**

**Die Integrationspolitik der Gemeinde hat zum Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von ihrer Herkunft und Kultur, die gleichen Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Indem die Gemeinde die Integration fördert, trägt sie dazu bei, dass die soziale und kulturelle Diversität eine Bereicherung für die Gesellschaft wird. Es muss ein Zusammenleben entstehen, das auf gegenseitigem Verständnis und Respekt basiert. Integration ist ein permanenter Prozess, an dem alle teilhaben müssen, damit er gelingt.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Wir werden einen kommunalen Integrationsplan umsetzen (PCI - Plan communal d'intégration).
- Wir werden die Informationen der Gemeinde in mehreren Sprachen veröffentlichen und Simultanübersetzungen der öffentlichen Veranstaltungen anbieten.
- Neu zugewanderte Bürgerinnen und Bürger erhalten ausreichende Informationen über die kommunale Verwaltung und ihre Dienstleistungsangebote, die lokalen Sport- und Freizeitmöglichkeiten und die lokalen Vereine, damit sie sich gut in der Gemeinde zurechtfinden und schnell einleben. Sie können unterstützt werden durch Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Nationalitäten (Ambassadeure), die beim Einleben Orientierungshilfe geben.
- Um die gegenseitige Akzeptanz sowie den interkulturellen Dialog zu fördern, initiiert die Gemeinde einen systematischen Austausch zwischen den nicht-luxemburgischen und luxemburgischen Bürgerinnen und Bürgern, etwa im Rahmen von kulturellen Besichtigungen und lokalen Festen oder indem sie Treffpunkte, wie Stammtische oder Sprachencafés schafft. Durch eine offene Informations- und Begegnungspolitik fördert die Gemeinde bei der Bevölkerung die Toleranz für die Aufnahme von geflüchteten Menschen. „Die Gemeinde bezieht die Integrationskommission, lokale Vereine, die Schulen und Betreuungsstrukturen, Flüchtlingsstrukturen, das Jugendhaus oder Seniorentreffs mit ein und bietet Sprach- und Weiterbildungskurse an.
- Die Gemeinde hilft den staatlichen Behörden, geeignete Flächen für den Bau von Räumlichkeiten für die Erstaufnahme von Asylbewerbern und Asylberwerberinnen zu schaffen (Accueil d'urgence oder Primo-accueil).
- Indem die Gemeinde im sozialen (Miet-)Wohnungsbau aktiv wird, sorgt sie für ein Angebot an erschwinglichem und adäquatem Wohnraum, der den unterschiedlichen persönlichen und wirtschaftlichen Situationen der Bevölkerung angepasst ist. Dabei wird gleichzeitig die soziale Mixität gewährleistet.
- Um Flüchtlingskindern die Integration zu erleichtern, werden wir in den Betreuungseinrichtungen die nötigen Räumlichkeiten schaffen und zusätzliches Personal einstellen.
- Um die Qualität der politischen Entscheidungen zu sichern, muss die politische Teilhabe der nicht-luxemburgischen Bevölkerung gefördert werden. Die Gemeinde führt Kampagnen zur Einschreibung in die Wählerlisten durch und bezieht systematisch nicht-luxemburgische Bürgerinnen und Bürger in Foren oder öffentlichen Austausch- und Diskussionsabenden mit ein.

## **9. Unser Ziel: eine weltanschaulich offene und pluralistische Gesellschaft**

**Es ist auch auf kommunaler Ebene möglich, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche(n) an die gesellschaftliche Realität von heute anzupassen. Diese Realität verlangt, dass die Gemeinden ihr Angebot an Dienstleistungen für nicht-religiöse Menschen ausbauen und attraktiver gestalten.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde schafft Infrastrukturen und Angebote, die eine attraktive und würdige Umsetzung von weltlichen Zeremonien (z.B. Hochzeitsfeiern und Bestattungen) garantieren können. Sie ermöglicht die Durchführung dieser Zeremonien ebenfalls an Samstagen bzw. Sonntagen. Der Schöffenrat und die Gemeindebeamten werden für die Durchführung dieser Zeremonien geschult. Die Bürger werden über diese Angebote, die unterschiedlichen Formate und die möglichen Varianten informiert.
- Mit dem Waldfriedhof (Baumbestattung) und der naturbelassenen Aschestreuwiese sollen auch neue Bestattungsformen eingeführt und ausgebaut werden.
- Es werden Infrastrukturen errichtet, die es ermöglichen, dass z.B. in der Trauerhalle weltliche Rituale und Rituale der verschiedenen Religionen stattfinden können.
- Die Gemeinde ermöglicht es, dass die Kirchengebäude, die in ihrem Besitz sind, auch für nicht-religiöse Veranstaltungen genutzt werden können. Dabei wird auf den Respekt der religiösen Erstnutzung geachtet.

## THEMA III. Demokratie und Verwaltung: Eine offene Gemeinde

### 1. Unser Ziel: Umfangreiche Information, Transparenz und Zugänglichkeit

**Der Politikverdrossenheit und dem Vertrauensverlust in Politiker kann nur mit Information und Transparenz begegnet werden. Die demokratischen Kräfte müssen ihre Arbeit den Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich vermitteln und erklären. Immer wichtiger werden die gezielte Aufbereitung der Informationen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der Einsatz neuer Technologien.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde gewährt einen weitreichenden Zugang zu Informationen betreffend die Unterlagen zu Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene getroffen werden.
- Zum besseren Verständnis des Funktionierens der Gemeinde und ihrer Dienste werden den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig generelle Informationen in zugänglicher Form und Sprache über die Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse einer Kommune vermittelt.
- Informationen über die Aktivitäten, Projekte und politischen Entscheidungen der Gemeinde werden allen Bevölkerungsgruppen über unterschiedliche Kommunikationswege zugänglich gemacht. Neben den traditionellen Drucksachen und den Infoversammlungen sind ebenfalls elektronische Medien (Internet, sms2citizen) und soziale Netzwerke zu nutzen. In diesem Sinne werden wir:
  - o Regelmäßig ein Infoblatt veröffentlichen, das auch per Internet und elektronische Newsletter erhältlich ist.
  - o Die Möglichkeit untersuchen, eine ‚App‘ (Apple & Android) der Gemeinde zu publizieren.
  - o Die Internet-Seite der Gemeinde durch eine Rubrik ‚Virtuelle Raider‘ ergänzen, in der sämtliche Aushänge auch unter elektronischer Form zugänglich gemacht werden.
  - o Eine Internetseite einführen, in der alle Gemeindereglemente nach Themen geordnet in aktualisierter/konsolidierter Form zugänglich sind.
  - o Die Bevölkerung zeitnah über Baustellen und Umleitungen inklusive deren Auswirkungen auf den öffentlichen Transport und mögliche Alternativen informieren.
  - o Ein Intranet für die Mitglieder des Gemeinderats einrichten, um die Arbeit und den Umgang mit den notwendigen Dokumenten zu erleichtern.
- Bei den Publikationen und den Informationsversammlungen wird die sprachliche Situation der lokalen Bevölkerung berücksichtigt und die kommunalen Mitteilungen werden in mehreren Sprachen veröffentlicht.
- Die Gemeinde informiert schnell und umfassend bei Vorfällen, welche eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung darstellen und in ihren Verantwortungsbereich fallen, wie z.B. bei einer Überschreitung der Grenzwerte des Trinkwassers. Sie gibt Informationen aus anderen Bereichen z.B. über Luftschadstoffe an die Einwohner weiter.
- Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an öffentlichen Gemeinderatssitzungen teilzunehmen, finden diese vorzugsweise außerhalb der normalen Arbeitszeiten statt.
- Die öffentlichen Gemeinderatssitzungen werden per Livestream im Internet übertragen und auf der Internetseite der Gemeinde archiviert und zugänglich gemacht.
- Bei größeren Projekten, wie Bauvorhaben oder neuen reglementarischen Bestimmungen, werden frühzeitig Bürgerversammlungen organisiert. Wichtige Dokumente werden auf der Internetseite der Gemeinde publiziert.
- Der Schöffenrat hält sich in öffentlichen Sprechstunden für die Belange der Bürger und Bürgerinnen bereit und im Rahmen der Gemeinderatssitzungen werden öffentliche Fragestunden

eingeführt. Die Zuständigkeitsbereiche der Mitglieder des Schöffenrats werden transparent gemacht.

- Im Gemeinderat werden regelmäßig Bilanzen in verschiedenen Bereichen (Soziales, Umwelt, Gender, etc....) vorgestellt und diskutiert.
- Die Gemeindebudgets und der mehrjährige Finanzplan werden veröffentlicht.

## **2. Unser Ziel: Breites Angebot zum Mitreden**

**Die Bürger und Bürgerinnen müssen in die politischen Entscheidungen eingebunden werden, denn die kommunalen Beschlüsse gestalten ihr unmittelbares Lebensumfeld und das soziale Zusammenleben in der Gemeinde. Der politische Entscheidungsprozess muss transparent und die Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen garantiert sein.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- déi gréng werden proaktiv den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern suchen, indem wir beratende Kommissionen, Bürgerversammlungen und Anhörungen nutzen, um die wichtigen Entscheidungen in der Gemeinde besser vorzubereiten und zu diskutieren. Es wird generell darauf geachtet, dass auch jene Bevölkerungsgruppen sich am Entscheidungsprozess beteiligen, die sich normalerweise nicht einbringen, wie sozial benachteiligte Personen, Migranten und Migrantinnen oder Alleinerziehende.
- Das interne Reglement des Gemeinderates gibt neben den Bestimmungen zur Arbeitsweise des Gemeinderates ausführlich Auskunft über die Arbeitsweise, die Besetzung und die Befugnisse der beratenden Kommissionen. Darin wird auch festgeschrieben, dass die Vertreter der Gemeinde in Gemeindegremien und anderen Gremien mindestens einmal im Jahr dem Gemeinderat Bericht erstatten und dass der Gemeinderat ihnen vor wichtigen Entscheidungen ein entsprechendes Mandat gibt.
- Die beratenden Kommissionen sollen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden; es ist darauf zu achten, dass auch nicht-luxemburgische Mitbürger eingebunden werden. Neben den politischen Vertreterinnen und Vertretern werden ebenfalls lokale Vereine sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger hinzugezogen.
- Die Gemeinde setzt neben den gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Kommissionen, dh. der Schul- und Integrationskommission, zusätzlich andere Kommissionen ein z.B. in den Bereichen: Bauten, Umwelt, Finanzen, Soziales, Gender, Mobilität, Kultur, Sport, Jugend, Senioren, Energie&Klima,....
- Bei der Planung von größeren Projekten und für die Lösung von Problemen oder Konflikten werden die zuständigen Kommissionen hinzugezogen.
- Projekte zur Gestaltung des öffentlichen Raumes werden mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert und geplant, Dokumente werden per Internet zugänglich gemacht und eine Mitsprache auch per elektronischem Austausch wird vorgesehen.
- Die nicht-luxemburgische Bevölkerung wird sensibilisiert, um sich in die Wählerlisten einzutragen und sich politisch zu engagieren.
- Über Kinder- und Jugendgemeinderäte oder andere demokratische Prozesse beteiligen sich Kinder und Jugendliche aktiv am Gemeindeleben.
- Der Schöffen- und Gemeinderat hält jährlich (oder bei erhöhtem oder akutem Bedarf öfter) Konsultationen mit den Bürgerinnen und Bürgern in den verschiedenen Ortsteilen oder Vierteln ab.



- Es wird versuchsweise ein kulturelles Bürgerbudget für Ortsteile / Viertel eingerichtet und die Interessierten werden bei der Entscheidungsfindung und Umsetzung professionell begleitet.

### **3. Unser Ziel: Im Dienst der Bürgerinnen und Bürger**

**déi gréng wollen den Bürgerinnen und Bürgern optimale kommunale Dienstleistungen anbieten. Einfache Verwaltungsabläufe, bürgerfreundliche Dienststellen und ein breites Angebot an Behördengängen via Internet machen die Gemeinde bürgernah und führen zu mehr Effizienz und Akzeptanz. Zum Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger gehört auch das Gefühl einer sicheren Umgebung in der Gemeinde.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde richtet eine zentrale Anlaufstelle oder ein Bürgeramt ein, das die verschiedenen administrativen und sozialen Dienstleistungen und alle erforderlichen Informationen von einem einzigen Ort aus zugänglich macht.
- Viele Behördengänge sollen via Internet erledigt werden können. Unkomplizierte Formulare und weitreichende Informationen werden online angeboten. Ein elektronischer Infodienst wie z.B. ‚sms2citizen‘ wird eingerichtet.
- Die Öffnungszeiten der Verwaltung werden ausgedehnt und den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst.
- Die Gemeinde sorgt dafür, dass ihre Information und Kommunikation auch für Menschen mit einer Behinderung zugänglich sind, z.B. über einen behindertengerechten Zugang zu den gemeindeeigenen Web-Seiten.
- Die Gemeinde sorgt für einen breiten Zugang zu den digitalen Medien. Es werden außerdem Einführungs- und Weiterbildungskurse angeboten, welche sich an die verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen richten.
- Um speziell die Online-Informationen und –Dienstleistungen allen möglichst leicht und kostenfrei zugänglich zu machen, fördert die Gemeinde den Einsatz freier und quelloffener Software und Standards.
- Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, fördert die Gemeinde Initiativen im Bereich des Ehrenamtes und unterstützt Verbände und Vereine in ihrer Arbeit. Neben den ordinären Subsidien und gratis Versammlungsräumen können dies spezielle Zuwendungen für Busfahrten, Druckkosten, Übersetzungskosten, Kinderbetreuung, usw. sein. Im regen Austausch mit den Vereinen können weitere Hilfestellungen z.B. hauptamtliche Begleitung diskutiert werden. Ebenso werden neue Formen der Bürgerinitiativen wie z.B. Transition, Gemeinschaftsinitiativen, etc. unterstützt.
- Die Gemeinde stellt Mediateure zur Lösung von Nachbarschaftskonflikten zur Verfügung.
- Ein klares Organigramm über die Zuständigkeiten der Gemeindedienste und –verwaltung wird öffentlich zugänglich gemacht.
- Die Gemeinde setzt sich für die Fortbildung ihrer Mitarbeiter, auch in Bezug auf die Kundenbetreuung, ein.
- Die Verwaltungsabläufe werden analysiert und gegebenenfalls optimiert.
- Die Gemeinde fakturiert ihre Lieferungen und Dienste in transparenter Form und stellt dem Kunden eine Vergleichsmöglichkeit mit dem Verbrauchsdurchschnitt zur Verfügung sowie Anleitungen zur Verringerung der Kosten.
- Zusammen mit staatlichen Trägern informiert die Gemeinde über die Aspekte der öffentlichen Sicherheit, z.B. zu Gewaltvermeidung, Deeskalationstraining, Internetkriminalität, Gebäudesicherheit, dem Einsatz von Überwachungskameras etc.

## **THEMA IV. Stadt – und Gemeindeentwicklung: Bessere Planung, mehr Lebensqualität**

### **1. Unser Ziel: Gemeindeentwicklung optimal planen**

Um die aktuellen Probleme im Bereich der Mobilität, des Wohnungsbaus, des Energieverbrauchs oder der Zersiedlung des Landes zu beheben, stehen neben dem Staat ebenfalls die Gemeinden in der Verantwortung. Es ist unerlässlich, dass die kommunale Planung (PAG – Plan d'aménagement général oder Allgemeiner Bebauungsplan, PAP – Plan d'aménagement particulier oder Teilbebauungsplan) nach den nationalen Vorgaben für nachhaltige Entwicklung (Landesplanungsgesetz, Plans sectoriels, POS – Plans d'occupation du sol oder Flächennutzungspläne) in Bezug auf Mixität der Funktionen (Arbeit, Wohnen, Einkauf, Freizeit), Flächenverbrauch, kurze Wege, Naherholung und Energieverbrauch ausgerichtet wird.

#### **Unsere Grundlagen für einen grünen PAG:**

- Der Allgemeine Bebauungsplan (PAG, Plan d'aménagement général) wird so erstellt, dass zuerst die Flächen innerhalb des Bauperimeters optimal genutzt werden (Innenraumverdichtung, Baulücken), bevor weiteres Bauland ausgewiesen wird. déi gréng werden den Bauperimeter nur punktuell und mit Zurückhaltung erweitern.
- Wir werden generell den PAG (Plan d'aménagement général) so ausrichten, dass Alltagsziele wie Einkaufen, Dienstleistungen, Naherholung, Schulen, Freizeitstätten und Behörden möglichst zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Transport zu erreichen sind.
- Die Gemeinde setzt sich dafür ein, historische Bausubstanz und gewachsene Strukturen z.B. Ortskerne zu erhalten und zu valorisieren.
- déi gréng werden – gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem ‚Fonds du Logement‘ oder der ‚SNHBM‘ (Société Nationale des Habitations à Bon Marché) - die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um als Gemeinde Bauland zu erwerben und aufgrund von sozialen und ökologischen Kriterien neuen Wohnraum zu schaffen.
- Wohnungsbaugebiete oder öffentliche Bauprojekte werden auf Grund von verkehrstechnischen Aspekten (kurze Wege, Anbindung an den öffentlichen Transport, sanfte Mobilität), nach sozialen Kriterien (sozialer Wohnungsbau) und nach energetischen Kriterien (Nahwärmenetze, Südorientierung der Bauten) ausgewiesen und geplant.
- Bei allen Straßenbauprojekten und bei der Planung der öffentlichen Plätze wird durch ein systematisches Anlegen von Fahrradwegen, von großzügigen Gehwegen und abgeflachten Bordsteinkanten dem nicht motorisierten Verkehr und den weniger mobilen Personen nach dem Konzept Design for All ein hoher Stellenwert eingeräumt.
- Wir werden ein Fahrradkonzept für die gesamte Gemeinde erstellen und im PAG (Plan d'aménagement général) verankern, das neben sicheren Fahrradwegen für den Alltag auch ausreichende und gesicherte Stellplätze für Fahrräder vorsieht.
- Wir werden an Hand von Pilotprojekten neue Wohnformen fördern, wie z.B. Gemeinschaftswohnungen evtl. mit generationsübergreifenden Aspekten, autofreie Wohnanlagen, verdichtetes Wohnen, etc.
- Im Bautenreglement werden für Bauprojekte nicht mehr Auto-Stellflächen als nötig vorgesehen, etwa durch eingeschränkte Stellflächen bei Bürogebäuden (ländlicher/städtischer Raum: ein Stellplatz pro 45/70 m<sup>2</sup> brutto Bürofläche). Stellflächen für Fahrräder werden in allen Geschäfts- und Wohngebäuden vorgesehen.
- In den Bebauungsplänen und Bautenreglementen der größeren Gemeinden werden Flächen für Schrebergärten (Cité jardinière) bzw. Gemeinschaftsgärten ausgewiesen.

- déi gréng werden das kommunale Reglement betreffend Werbeflächen so gestalten, dass angepasste Werbung möglich ist, jedoch nicht störend wirkt. Dabei wollen wir sehr restriktiv mit Lichtreklamen umgehen und großflächige Bildschirme vermeiden.
- déi gréng werden die Lichtverschmutzung angehen und die öffentliche Beleuchtung anpassen sowie die Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden dezent gestalten.

## **2. Unser Ziel: Intelligenter bauen, erschwinglichen Wohnraum schaffen**

**Indem die Gemeinde im Wohnungsbereich aktiv wird, sorgt sie dafür, dass erschwinglicher und für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen adäquater Wohnraum entsteht. Außerdem kann die Gemeinde durch geeignete Maßnahmen dazu beitragen, die Energiekosten der Haushalte zu reduzieren und Wohnen auch in Zukunft erschwinglich zu halten. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinde über eine Reserve an Bauland verfügt.**

### **Die Werkzeuge unserer Wohnungspolitik:**

- Damit die Gemeinde eine aktive Rolle im Wohnungsbau spielen kann, muss die Gemeinde selbst Bauland innerhalb und außerhalb des Bauperimeters erwerben. Sie kann dabei auf staatliche Hilfen zurückgreifen.
- Die Gemeinde wird aktiv im sozialen (Miet-)Wohnungsbau und fördert in Zusammenarbeit mit nationalen Akteuren (Fonds du Logement, SNHBM - Société Nationale des Habitations à Bon Marché) soziale Wohnungsbauprojekte. Die Gemeinde investiert vor allem in soziale Mietwohnungen und greift dabei auf staatliche Hilfen zurück.
- Die Gemeinde übernimmt eine aktive Rolle im Bereich der Renovierung der bestehenden Bausubstanz und der Mobilisierung von leerstehenden Wohnungen. Dabei wird sowohl auf die staatlichen Programme und Unterstützungen zurückgegriffen, als auch auf die (regionale) ‚Agence immobilière sociale‘. Kommunale Taxen sollen nur dann zum Einsatz kommen, wenn alle anderen Möglichkeiten erfolglos bleiben.
- Nach dem Modell anderer Regionen wollen wir eine regionale Agentur der ‚Agence immobilière sociale‘ aufbauen.
- Um die Bodenspekulation zu bekämpfen, nutzt die Gemeinde die rechtlichen Möglichkeiten des Bebauungsplanes (Zones prioritaires, Baulandverträge, Remembrement urbain) und des Pacte-Logement-Gesetzes wie das Vorkaufsrecht oder Erbpachtverträge (Bail emphythéotique).
- Durch eine Reform der kommunalen Baubestimmungen werden wir eine Verdichtung innerhalb der bestehenden Wohnviertel ermöglichen. So können z.B. zusätzliche Wohnungen in bestehenden Gebäuden, wie Einliegerwohnungen für Studenten oder Senioren, sowie Wohngemeinschaften geschaffen werden.
- Für neue Siedlungen werden wir Richtlinien für die Ausarbeitung von privaten Teilbebauungsplänen (PAP – Plans d’aménagement particuliers) erstellen. Damit sollen von vornherein Kriterien für soziales und nachhaltiges Wohnen festgelegt werden. Zum Beispiel eine ausgewogene Mischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten (unterschiedliche Preisklassen), gesunde und recycelbare Baumaterialien, Nutzung erneuerbarer Energien, Verkehrsplanung, Bebauungsdichte.
- Die Gemeinde fördert ökologische Siedlungsprojekte, wobei Energieverbrauch und -versorgung besonders berücksichtigt werden. Sie setzt ein Investitionsprogramm ein, das einkommensschwachen Familien hilft, ihre Wohnungen energetisch zu sanieren.
- Wir werden neue Wohnformen propagieren und fördern: Intergenerationelles Wohnen, Wohngemeinschaften, etc.

- Beim Verkauf von kommunalen Sozialwohnungen werden wir darauf achten, dass das Vorkaufsrecht dieser Wohnungen bei der Gemeinde bleibt.

### **3. Unser Ziel: Mehr Service durch regionale Zusammenarbeit**

**Neben den Fusionen bietet die interkommunale Zusammenarbeit vieler kleineren Gemeinden die einzige Möglichkeit, ihrer Bevölkerung ein breitgefächertes Angebot an hochwertigen Infrastrukturen und Dienstleistungen anzubieten. Jedoch macht eine solche Zusammenarbeit auch dann Sinn, wenn übergreifende Aufgaben und Probleme gelöst, sowie eine intelligenterere – und nachhaltigere- Nutzung öffentlicher Mittel angestrebt werden sollen.**

#### **Unsere Maßnahmen für regionale Zusammenarbeit:**

- Die Gemeinde denkt bei ihren Entscheidungen immer auch regional, indem sie konsequent die Möglichkeit interkommunaler Planung bei größeren Projekten in Betracht zieht, z.B bei Sport- und Kultureinrichtungen, Kinderbetreuung, Musikschulen, oder Gewerbezones, aber auch bei regionalen Dienstleistungen wie dem regionalen Bauamt, der regionalen ‚Agence immobilière sociale‘, der Tourismusförderung oder der regionalen Stelle für Genderpolitik.
- Priorität gilt der regionalen Mobilitätsplanung mit öffentlichem Transport (regionaler Busdienst), Fahrradwegen und Parkraummanagement.
- Betriebe werden bevorzugt in regionalen Industrie- und Aktivitätszonen angesiedelt.
- Es wird ein regelmäßiger Gedankenaustausch mit den anderen Gemeinden der Region - auch denen der Nachbarländer - initiiert und gepflegt.
- Wir werden die regionale Zusammenarbeit im Gemeinderat regelmäßig zur Sprache bringen und vor wichtigen Entscheidungen den Gemeindevertretern ein entsprechendes Mandat geben.

### **4. Unser Ziel: Optimales Angebot für eine bessere Mobilität**

**Mobilität für alle erfordert ein breit gefächertes Angebot unterschiedlicher Transportmittel. Das Konzept MoDu (Stratégie globale pour une Mobilité Durable) gilt sowohl national wie kommunal und basiert auf einem vernetzten Mobilitätssystem, das eine signifikante Steigerung des Anteils von Fußgängern und Radfahrern (25%), sowie des öffentlichen Transports (25%) zum Ziel hat. Es wird darauf ankommen eine bequeme und schnelle Kombination verschiedener Verkehrsmittel, wie Fahrrad, Bus, Tram, Zug und Auto zwischen Start- und Zielort zu gewährleisten. Darüber hinaus wird nicht mehr der Besitz eines Transportmittels, sondern seine Nutzung in den Vordergrund rücken. Die Gemeinden haben dabei eine wichtige Rolle zu spielen.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Um die im Konzept MoDu (Stratégie globale pour une Mobilité Durable) gesteckten Ziele zu erreichen, werden wir ein regionales Mobilitätskonzept in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden der Region und den staatlichen Verwaltungen erstellen, das alle Mobilitätsformen berücksichtigt.
- déi gréng werden aktiv bei der Umsetzung von nationalen Konzepten für den öffentlichen Transport in der Gemeinde mitarbeiten. Falls sinnvoll, werden Citybusse, Nacht- und Spezialbusse sowie Busse auf Abruf eingeführt. Wir werden den öffentlichen Transport kundenfreundlich gestalten, etwa durch attraktive und sichere Bushaltestellen und Stellplätze für Fahrräder an den Haltestellen.
- Da 40% der alltäglich zurückgelegten Wege weniger als 3 km betragen, werden wir ein kommunales/regionales Konzept für die aktive Mobilität (Fahrrad, Fußgänger, etc.) ausarbeiten. Durch gute Infrastrukturen, kontinuierliche Kommunikation und regelmäßiges Monitoring wird das Fahrrad als alltägliches Fortbewegungsmittel im lokalen Verkehr propagiert. Bei allen öffentlichen Gebäuden und

Einrichtungen, an Bahnhöfen und an Bushaltestellen werden sichere und überdachte Stellplätze für Fahrräder oder Fahrradboxen eingerichtet.

- Bei der Raumplanung werden die organisatorischen und technischen Bedingungen für die Mobilität von morgen geschaffen, wie Bus- und Tramkorridore, Stellplätze für Car-sharing Initiativen, Elektromobilität, schnelle Fahrradwege in der Region, etc. Wir werden auf Barrierefreiheit im öffentlichen Raum achten und Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -beruhigung umsetzen: autofreie Wohngebiete, flächendeckende Tempo 30 Zonen, ‚shared-space‘ Zonen, etc. Die Parkplätze im Ortszentrum werden für Kurzzeitparken reserviert.
- Bei neuen Siedlungen wird ein Verkehrskonzept erstellt, das die Lebensqualität der Menschen in den Vordergrund stellt und der aktiven Mobilität eine Priorität einräumt. Wir werden jedesmal prüfen, ob private Parkhäuser errichtet werden können und werden dementsprechend die Stellflächen im öffentlichen Raum begrenzen sowie den Anrainerparkschein (parking résidentiel) anpassen. Ein Car-sharing Angebot kann dieses Konzept ergänzen.
- Die Gemeinde führt Kampagnen für eine nachhaltige Mobilität durch und informiert die Einwohner über das lokale Angebot des öffentlichen Transports (übersichtliche und aktuelle Fahrpläne, Freikarten für neue Einwohner, ...). Wir werden den Gemeindeangestellten Bus- und Bahntickets sowie (Elektro-) Dienstfahrräder zur Verfügung stellen.
- déi gréng werden für sichere Fuß- und Fahrradwege sorgen. Dies wird mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert und geplant. Eltern und Kinder werden sensibilisiert, auf das Auto als Transportmittel zur Schule zu verzichten. Ergänzend dazu werden Aktionen wie Pedibus gestartet und ein umfassendes Angebot an Bustransport geschaffen.
- Umgehungsstraßen von Ortschaften werden nicht pauschal abgelehnt, dürfen jedoch lediglich als letzte Maßnahme in Betracht gezogen werden, wenn vorher durchgeführte Verkehrsvermeidungsmaßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben.

## **5. Unser Ziel: Gemeindeeigene Ressourcen nachhaltig nutzen**

**Die Gemeinde wirtschaftet konsequent nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Lebensqualität der Bevölkerung und auf die Herausforderungen der Zukunft, jedoch auch auf gesunde Finanzen und die Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde investiert in Menschen und ihr Know-how, indem sie für konsequente Weiterbildung ihrer Beschäftigten sorgt.
- Die Gemeinde vermeidet es, ihre Dienstleistungsbetriebe auszulagern. Falls dies nicht möglich ist, muss das Einfluss- und Steuerungsvermögen der Gemeinde erhalten bleiben.
- Die Gemeinde kontrolliert langfristig ihre laufenden Ausgaben, indem sie ihren eigenen Energie- und Wasserverbrauch vermindert, ihre Gebäude saniert und sich einen emissionsarmen Fuhrpark anschafft.
- Der Gemeinderat diskutiert jährlich über den mehrjährigen Finanzierungsplan (Programme pluriannuel d'investissement et de financement) und achtet bei einer neuen Kreditaufnahme darauf, dass die jährlichen Ausgaben für die Schuldentilgung nicht 20% ihrer ordinären Einnahmen überschreiten.
- Bei ihren Entscheidungen für neue Projekte berücksichtigt die Gemeinde die (ökologischen) Neben- und Folgekosten, die über einen längeren Zeitraum entstehen können.
- Die Gemeinde denkt bei ihren Entscheidungen immer auch regional, indem sie konsequent die Möglichkeit interkommunaler Planung bei Projekten in Betracht zieht, wie bei Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bustransport, Fahrradwegen oder Gewerbebezonen, bzw. die Möglichkeit einer staatlich-kommunalen Mischnutzung auslotet.

- Die Gemeinde unternimmt konsequente Anstrengungen in allen Bereichen des Klimapakts. Speziell im Bereich Energie werden wir den Verbrauch reduzieren und die Möglichkeiten lokaler Energieproduktion nutzen. Dabei werden alle erneuerbaren Ressourcen geprüft: Wind, Sonne, Holz, Biomasse, etc.

## **Thema V. Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz:**

### **Eine gesunde Umwelt – eine artenreiche Natur**

#### **1. Unser Ziel: Natürliche Vielfalt und eine gesunde Umwelt erhalten**

**Die Gemeinden können einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten und den Natur- und Umweltschutz auf lokaler Ebene voranbringen. Eine biologische Vielfalt ist Basis für ein stabiles Oekosystem und die Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen. Saubere Luft und Ruhe sind auch Gesundheitsschutz. Die Gemeinde sorgt durch präventive Maßnahmen, wie naturnahe Grünflächen, eine sanfte Mobilität und verkehrsberuhigte Zonen oder ökologische Baustoffe und Lebensmittel für eine gesunde Umwelt und eine hohe Lebensqualität.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Zusätzlich zu den national geplanten Naturschutzgebieten werden kommunale Naturschutzzonen ausgewiesen. Die Gemeinde arbeitet dabei mit den zuständigen staatlichen Verwaltungen und den Umweltorganisationen zusammen. Um Naturschutzmaßnahmen in Grünzonen umzusetzen, etwa Quellen- oder Gewässerschutz, sucht die Gemeinde mit den Landeigentümern Lösungen über den Flächenankauf oder –austausch. Hierfür legt die Gemeinde sich einen Flächenpool an.
- Die verschiedenen Baugebiete und Ortsviertel werden systematisch mit Bäumen und naturnahen Grün- und Parkanlagen durchgrünt. Naturnahe Grünanlagen in den Ortschaften übernehmen eine Reihe von Funktionen: sie beeinflussen das lokale Kleinklima, bieten Naherholung und Naturerfahrung und sorgen für zahlreiche Biotop. Außerdem spielen sie eine zentrale Rolle bei der Anpassung an die Wetterextreme des Klimawandels:
  - o Die Grünflächen werden naturnah bewirtschaftet.
  - o Die Gemeinde sensibilisiert Privathaushalte und Betriebe in Industrie- oder Gewerbebezonen mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit über naturnahe Grünflächen und bietet fachliche Beratung an.
  - o Fließ- und Stehgewässer werden auch innerhalb der Ortschaften renaturiert.
  - o In einem Baumkataster werden die Bäume im urbanen Raum erfasst und verwaltet. Die Gemeinde bietet interessierten Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit, Baumpatenschaften zur Pflege von Bäumen zu übernehmen.
  - o Die Gemeinde fördert die Dach- und Fassadenbegrünung.
  - o Die Grünflächen werden miteinander vernetzt und mit den Grünzonen außerhalb der Ortschaften verbunden. So wird die Wohn- und Lebensqualität verbessert und es entstehen wichtige Biotop für zahlreiche Tiere und Pflanzen.
- Bei der Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Wälder wird die FSC-Zertifizierung angestrebt. (Die FSC-Zertifizierung - Forest Stewardship Council - bescheinigt, dass bei der Bewirtschaftung der Wälder bestimmte ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden). Zehnjahresforstpläne werden in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung aufgestellt und umgesetzt.
- Es werden Natur- und Kulturpfade angelegt, auf denen durch Hinweise und Beschriftung die spezifische Geschichte und Natur der Gemeinde erklärt werden.
- Die Gemeinde bringt sich aktiv im Naturschutzsyndikat ein.
- Die Gemeinde führt Sensibilisierungskampagnen über artgerechte Haltung der Haustiere durch.
- Sie genehmigt keine Zirkusgastspiele mit Tieren.

- Die Gemeinde erklärt sich als Gentechnik-frei und Pestizid-frei, führt Informationskampagnen durch und verzichtet in ihrem Gärtnerbetrieb, beim Lebensmittelkauf und in ihren Schulkantinen auf Genteckprodukte.
- Die Gemeinde fördert durch eine Mindestquote bei der Beschaffung der Nahrungsmittel, die den Kindern in den Schulkantinen und den Maisons relais angeboten werden, einen vermehrten Einsatz von saisonalen Bioprodukten, sowie Produkten aus fairem Handel und regionaler Produktion.
- Die Gemeinde informiert die Privathaushalte über die Gefahren bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und zeigt Alternativen zum Gebrauch von Pestiziden auf.
- Kleingartenanlagen (Cités jardinières), Gemeinschaftsgärten und Schulgärten werden eingerichtet und nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet.
- Die Gemeinde sorgt für eine bessere Luftqualität und weniger Lärmbelästigung, indem sie die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs anstrebt und die umweltfreundliche Mobilität fördert. Sie nimmt aktiv an den ‚autofreien Tagen‘ teil. Sie führt verkehrsberuhigende Maßnahmen durch, wie die Einrichtung von Tempo 30-Zonen oder ‚shared-Space‘-Bereiche.
- Die Gemeinde unterstützt aktiv die Umsetzung der nationalen Aktionspläne für Lärmschutz (Plans d’action de lutte contre le bruit) und des nationalen Programms für Luftqualität (Programme national de la qualité de l’air).
- In Gebieten mit hoher Verkehrsbelastung sowie in Industriegebieten mit hohen Emissionen werden regelmäßige Messungen der Immissionen – z.B. durch Biomonitoring - durchgeführt. Die Bevölkerung wird schnell und umfassend über die Messresultate informiert, z.B. durch Anzeigetafeln.
- Bei gemeindeeigenen Gebäuden und technischen Einrichtungen werden Maßnahmen für optimale Lärmvermeidung, für Lärmschutz und Raumakustik eingeplant oder es wird bei Umbauten nachgerüstet. Die Gemeinde schlägt in ihrem Bautenreglement vor, dass in Gebäuden, die sich entlang vielbefahrener Nationalstraßen befinden, zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen, wie Dreifachverglasung vorgesehen werden.
- Beim Bau oder der Renovierung von gemeindeeigenen Gebäuden, Wohnungen, Kinderkrippen, Schulen usw. werden baubiologische Maßnahmen zwecks Vermeidung von chemischen, biologischen oder physikalischen Belastungsquellen und Gesundheitsrisiken berücksichtigt (Indoor-pollution).
- Um der Lichtverschmutzung entgegenzuwirken, wird im öffentlichen Raum systematisch Warmlicht-LED Beleuchtung (<3.000k) eingesetzt, deren Einsatz zeitlich begrenzt ist, und deren Lichtquellen intelligent ausgerichtet und abgeschirmt sind. déi gréng werden das kommunale Reglement betreffend Werbeflächen so gestalten, dass angepasste Werbung möglich ist, jedoch nicht störend wirkt. Dabei wollen wir sehr restriktiv mit Lichtreklamen umgehen und großflächige Bildschirme verhindern.

## **2. Unser Ziel: Eine hohe Wasserqualität**

**Die Gemeinden müssen ihrer Bevölkerung eine hohe Trinkwasserqualität garantieren und zum Schutz der Gewässer sowie zur Absicherung der lokalen Trinkwasserquellen beitragen. Der kostendeckende Wasserpreis gibt den Gemeinden die nötigen finanziellen Mittel, diese Ziele zu erreichen, denn er ist ein wichtiges Lenkungsinstrument, der den verantwortungsvollen Umgang mit der wertvollen Ressource Trinkwasser fördert. Der Klimawandel mit seinen Wetterextremen, sowie die demographische Entwicklung erfordern Anpassungen der Gemeindeinfrastrukturen, damit die Bevölkerung geschützt und die Natur und Umwelt bewahrt werden.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde gibt sich ein Konzept zum Wassersparen:

- Sie führt Kampagnen zum Wassersparen durch, die Haushalte und Betriebe einbeziehen und informiert mit Hilfe von Angaben auf den Wasserabrechnungen über ihren realen Verbrauch.
- Regelmäßig wird die Bevölkerung für einen sparsamen Umgang mit Wasser sensibilisiert z.B. durch Tipps zum richtigen Verhalten und zur richtigen Technik.
- Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, erhalten über das Sozialamt eine Beratung und Unterstützung für wassersparende Technik im Haushalt.
- Die Regenwassernutzung in Privat- und Gewerbegebäuden wird zusätzlich zu den staatlichen Hilfen über kommunale Subventionierung gefördert.
- Die Gemeinde reduziert den Wasserverbrauch in ihren eigenen Gebäuden und Anlagen. Das kommunale Wasserversorgungsnetz wird saniert und in Stand gehalten. Die Installation einer elektronischen Überwachung des Leitungsnetzes informiert ständig über eventuelle Wasserverluste. Bei öffentlichen Infrastrukturen werden Pilotprojekte zur Grauwasser- (gering verschmutztes Abwasser) und Regenwassernutzung durchgeführt.
- Die Gemeinde sorgt für einen kostendeckenden Wasserpreis, der Wassersparen attraktiv macht. Parallel zu dem kostendeckenden Wasserpreis werden wir einen sozialen Ausgleich (Allocation de vie chère) für einkommensschwache Haushalte vorsehen.
- Wasserqualität, Trinkwasser- und Gewässerschutz:
  - Die Gemeinde sichert die eigenen Trinkwasserquellen. Um die Qualität des Trink- und Oberflächenwassers zu erhalten, setzt sie die Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie um.
  - Die Gemeinde definiert ihre Trinkwasserschutzgebiete und setzt die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und der Nutzung ihrer Quellen gemeinsam mit den staatlichen Verwaltungen, den betroffenen Betrieben und den Nachbargemeinden um.
  - Die Gemeinde führt mindestens zweimal pro Jahr Analysen der Trinkwasserqualität durch und kommuniziert die Resultate in einer gut verständlichen Sprache.
  - Um eine hohe Qualität des Trinkwassers zu garantieren, wird in Gemeinden, die nicht an das Sebes-Verteilungsnetz angebunden sind, eine regionale Kooperation im Rahmen der Trinkwasserversorgung angestrebt.
  - Die Gemeinde bringt sich aktiv ein für die Abschließung von ‚Flusspartnerschaften‘ bzw. Verträgen zwischen den öffentlichen Verwaltungen und den landwirtschaftlichen Betrieben zum Schutz der Fließgewässer (Contrat de rivières).
  - Die Gemeinde setzt sich in ihrem Abwassersyndikat dafür ein, dass die Kläranlagen den Erfordernissen der Wasserrahmenrichtlinie angepasst werden.
  - Die Gemeinde informiert und sensibilisiert die Bevölkerung über Einträge von Schadstoffen ins Abwasser und deren Vermeidbarkeit.
- Maßnahmen gegen Überschwemmungen und Hochwasser:
  - Durch eine getrennte Abführung von Regen- und Schmutzwasser muss weniger Abwasser aufbereitet werden.
  - Das Risiko von Überschwemmungen wird begrenzt durch
    - i) systematische Versickerungsmöglichkeiten für Regenwasser,
    - ii) die Entsiegelung von Flächen,
    - iii) die Renaturierung von Wasserläufen,
    - iv) die Wiederherstellung der natürlichen Überschwemmungsgebiete sowie durch den Bau von Rückhaltebecken.
  - Hochwasserschutzmaßnahmen sind allerdings nur effizient, wenn sie überregional umgesetzt werden – eine regionale Zusammenarbeit der Gemeinden ist somit unumgänglich.



### **3. Unser Ziel: Abfallwirtschaft– von der Linearen zur Kreislauf-Wirtschaft**

**Vermeidung von Abfall hat oberste Priorität, denn jeder Abfall, der erst gar nicht anfällt, ist eine Entlastung für Natur und Umwelt. Der Aufbau einer lokalen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft (Economie circulaire) verfolgt das Ziel, durch eine konsequente Wiederverwertung von Abfällen oder nicht mehr genutzten Gütern weniger Ressourcen zu verbrauchen. Um Abfallvermeidung und -wiederverwertung wirksam anzugehen, müssen alle mit anpacken: die Gemeinden müssen bei Privathaushalten und Betrieben das nötige Bewusstsein schaffen und adäquate Anreize geben.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde erstellt ein Abfallwirtschaftskonzept mit Priorität auf Abfallvermeidung, führt eine getrennte Bioabfallsammlung ein und staffelt ihre Abfallgebühren nach dem Verursacherprinzip. Parallel gibt sie der Bevölkerung Tipps zur Müllvermeidung und zur privaten Kompostierung. Die Gemeinde untersucht die Möglichkeit, Grünschnitt und Holzschnitt getrennt der weiteren energetischen Nutzung zuzuführen.
- Um bei der Bevölkerung und den Betrieben ein allgemeines Bewusstsein für Abfallvermeidung zu schaffen, führt die Gemeinde eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit für einen ressourcenschonenden Einkauf und einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen durch.
- In der Gemeindeverwaltung, den kommunalen Einrichtungen, wie Schulen, Maisons relais, bei Stadtfesten oder sportlichen Veranstaltungen wird eine vorbildliche Abfallvermeidung und -sortierung durchgesetzt. Dabei wird systematisch auf alternative Angebote zu Einwegbehälter und -geschirr geachtet und sich gegen die Verschwendung von Lebensmitteln eingesetzt. Die Gemeinde hält die Vereine zu für einer abfallarmen Durchführung ihrer öffentlichen Veranstaltungen an.
- Die Gemeinde unterstützt den Kampf gegen Lebensmittelverschwendung und sorgt insbesondere in ihren Schulkantinen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln.
- Die Gemeinde erstellt ein Konzept gegen Littering im öffentlichen Raum, sorgt für Umweltbildung in den Schulen und unterstützt Müllsammelaktionen durch Ehrenamtliche.
- Die Gemeinde gibt sich ein Konzept zur Wieder- und Weiterverwendung von Gütern. Sie unterstützt oder initiiert Tausch- und Reparaturbörsen oder Second Hand-Märkte, entwickelt eine kommunale oder regionale Reparaturwerkstatt, setzt beim Bau von neuen Infrastrukturen systematisch auf eine ressourcenschonende Bauweise.
- Beim Bau oder der Renovierung gemeindeeigener Gebäude oder Wohnungen wird auf den Einsatz von recycelbaren und ökologischen Baumaterialien geachtet.
- Die Gemeinde sensibilisiert die Betriebe und die Bevölkerung für eine größtmögliche Vermeidung von Bauschutt.

## **Thema VI. Kommunalen Schub für die gesellschaftliche Transformation**

### **1. Unser Ziel: Die Gemeinde als Motor für gesellschaftliche Transformationen und als verantwortungsbewusster Konsument**

Die Gemeinde kann auf ihrem Gebiet ein Umfeld schaffen, das für Handel und Gewerbe attraktiv ist und das die Grundbedürfnisse der Menschen in der Region befriedigt. Indem sie besonders die Ansiedlung von innovativen Klein- und Mittelbetrieben fördert, hilft sie, die Wirtschaft zu diversifizieren und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Hierbei wird besonders auf die gezielte Ansiedlung von Betrieben gesetzt, von denen zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Produkte oder Produktionsverfahren zu erwarten sind.

Gemeinden sind nach dem Staat die größten Auftrag- und Arbeitgeber. Insofern spielen sie, durch öffentliche Aufträge und die Verteilung von öffentlichen Geldern, eine entscheidende Rolle für ein anderes Wirtschaften, sowie auch ein anderes Zusammenleben.

Sie können in ihren eigenen Gebäuden und durch ihr Verhalten eine Vorbildfunktion übernehmen und die Bevölkerung zum Mitmachen ermutigen.

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Die Gemeinde führt eine Stärken-Schwächen-Analyse des lokalen wirtschaftlichen, sozialen und touristischen Potenzials durch und unterstützt den lokalen Geschäftsverband.
- Es wird ein ausgewogenes Angebot an wirtschaftlichen Strukturen aufgebaut, indem die Gemeinde besonders eine Mischung aus Lebensmittelhandel und kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben fördert.
- Die Gemeinde bringt die verschiedenen lokalen oder regionalen Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts- und Industriebetriebe an einen Tisch mit dem Ziel neue Synergien zwischen den Akteuren anzuregen und den Produktabsatz in der Region zu fördern.
- Im Rahmen des Klimapaktes organisiert die Gemeinde einen regelmäßigen Austausch mit den lokalen Betrieben und Unternehmen. Mögliche Umweltschutz- und Energiesparmaßnahmen in den Industrie- und Gewerbebezonen werden zusammen festgelegt und in gemeinsamer Absprache durchgeführt. Hierzu bietet die Gemeinde fachliche Beratung an.
- Die Gemeinde ist selbst als Wirtschaftsakteur aktiv und setzt, eventuell in Partnerschaft mit privaten Wirtschaftsakteuren, innovative und nachhaltige Projekte um, wie Plusenergiesiedlungen, Gemeinschaftswohnanlagen, Nahwärmenetze, Solaranlagen, Mitfahrinitiativen, Car-Sharing oder regionale Währungen (wie der Beki im Réidener Kanton).
- Jungen Betrieben werden günstige Räumlichkeiten - Pépinières d'entreprises - zur Verfügung gestellt, um ihnen über Startschwierigkeiten hinweg zu helfen.
- déi gréng werden, nach dem Vorbild der ‚transition towns‘, lokale und regionale Initiativen für andere Wohnformen (Wohnkooperativen), neue Wirtschaftsformen (Kreislaufwirtschaft durch Reparatur), eine dezentrale Energieproduktion (Energiekooperativen) und eine lokale Lebensmittelproduktion (Gemeinschaftsgärten) fördern. Kommunale Liegenschaften und Bauten werden für solche innovativen Projekte und für die dezentrale Energieproduktion zur Verfügung gestellt.
- Beim Güter- und Warenverbrauch sowie bei den Dienstleistungen orientiert sich die Gemeinde an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien. Diese Kriterien fließen bei jeder Vergabe von öffentlichen Geldern (kommunale Beschaffung) ein, wie z.B. in die Lastenhefte von Ausschreibungen, bei der Auftragsvergabe und beim Warenkauf, beim Anlegen von Geldern, bei Vereinssubventionen, usw.

- Die Gemeinde fördert durch eine Mindestquote bei der Beschaffung der Nahrungsmittel in kommunalen Einrichtungen einen vermehrten Einsatz von saisonalen Bioprodukten, sowie Produkten aus fairem Handel und regionaler Produktion.
- déi gréng streben eine hohe Auszeichnung der Gemeinde beim Klimapakt an. Die Gemeinde leistet ihren Beitrag für das Erreichen der Ziele – die anlässlich der Klimaschutzverhandlung von Paris, COP21, festgehalten wurden - durch aktive Mitarbeit bei den nationalen Programmen zum Klimaschutz und dem Beitritt zum Klimabündnis. Es werden kommunale Aktionen zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unternommen und entsprechende Projekte durchgeführt. Kommunale CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele werden festgelegt und eine CO<sub>2</sub>-Bilanz wird erstellt und regelmäßig aktualisiert.
- Die Gemeinde ist sich ihrer Vorbildfunktion bewusst und versucht durch konkrete Aktionen (M-Pass für Gemeindepersonal, Betriebs-(Elektro-)Fahrräder, Abfallvermeidung, etc.) und Informationen (Konferenzen zu Umweltthemen, zur Verteilungsgerechtigkeit, etc.) auch die Bevölkerung miteinzubeziehen und dadurch ihr Konsumverhalten zu beeinflussen.
- In Entwicklungsländern werden lokale Projekte unterstützt bzw. mit den Betroffenen aufgebaut. Um das Bewusstsein für die Probleme und das Verständnis für die Kultur in diesen Ländern zu fördern, wird die hiesige Bevölkerung in die Projekte miteinbezogen.
- Die Gemeinde leistet ihren Beitrag zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele und organisiert regelmäßig Kampagnen und Informationsabende zur Nord-Süd Problematik.
- Die Gemeinde verpachtet die eigenen Flächen nach ökologischen und sozialen Kriterien und ist Abnehmer der auf diesen Flächen erzeugten Produkte z.B. in den Schulrestaurants.
- Gemeindeparterschaften (Jumelages) mit ausländischen Städten und Gemeinden werden so ausgerichtet, dass durch konkreten Austausch zwischen den Bürgern reelle Kontakte und Partnerschaften entstehen können. Es gilt durch solche Partnerschaften Netzwerke der Innovation und der Kreativität in den Gemeinden zu entwickeln.

## **2. Unser Ziel: Der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien**

**dei gréng streben das Ziel an, 100% des gesamten Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien abzudecken. Der Ausstieg aus der Ölabhängigkeit und der Atomkraft muss demnach auch auf lokaler Ebene sofort angegangen werden. Lokale regenerative Energie vor Ort nutzen, einen kommunalen Mehrwert produzieren und regionale Arbeitsplätze schaffen, entsprechen ein und demselben Ziel.**

### **Unsere Maßnahmen:**

- Das kommunale Energiekonzept wird aktualisiert und mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens (COP21) und der 3ten industriellen Revolution sowie den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen in Einklang gebracht. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog wird erstellt und kontinuierlich umgesetzt.
- Die Gemeinde gibt sich, im Rahmen des Klimapaktes, ein Konzept zum Energiesparen und zur effizienten Nutzung der Energie. Sie macht aktiv Werbung und berät Haushalte und Betriebe zum Energiesparen. Über ein Monitoring wird der Gesamtenergieverbrauch kontrolliert und das Energiesparkonzept verfeinert.
- Das gesamte Gebiet der Gemeinde wird systematisch für die Produktion und die Nutzung von erneuerbaren Energien analysiert und die vorhandenen Potenziale (Windstandorte, Holzproduktion, Solarkataster, landwirtschaftliche Biomasse, etc.) werden ausgeschöpft. Die Gemeinde initiiert Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen auf kommunalen Dachflächen.

- Die Gemeinde gibt sich eine Energiebuchführung für kommunale Gebäude, die es ermöglicht, den kommunalen Energieverbrauch zu analysieren und Strategien für eine höhere Energieeffizienz umzusetzen.
- Kommunale Neubauten werden nach der bestmöglichen Energieklasse realisiert und mit energiesparender Technik (Beleuchtung, Elektrogeräte,...) ausgerüstet. Auf ökologische und baubiologische Baumaterialien wird geachtet. Die spätere Umnutzung der Gebäude soll möglich sein und die Recyclingfähigkeit der Baumaterialien muss bedacht werden.
- Wir werden die Haushalte über die neuen staatlichen Instrumente (Klimabank und nachhaltiges Bauen) für die Sanierung von privaten Wohnungen informieren und im Rahmen des Klimapaktes beraten.
- Die Gemeinde fördert die Elektromobilität durch Anschaffung von E-Autos für den kommunalen Fuhrpark und die Errichtung von Ladestationen für die private E-Mobilität.
- Bei neuen Gewerbegebieten und Siedlungsprojekten wird auf eine energieeffiziente Planung geachtet (Ausrichtung der Gebäude, Schattenwurf, Nahwärmenetz,...).
- Die Gemeinde beteiligt sich an Anti-Atom Initiativen und unterstützt juristische Maßnahmen gegen Atomkraft.

### **3. Unser Ziel: Nachhaltiger Tourismus als Wirtschafts- und Kulturfaktor**

**Im Rahmen eines nationalen Tourismuskonzeptes bieten sich gute Entwicklungsmöglichkeiten für die lokale und regionale Wirtschaft. Vor allem in ländlichen Gebieten und den Naturparks können die vorhandenen Potentiale noch besser ausgeschöpft werden. Angebote für Touristen kommen ebenfalls der lokalen Bevölkerung zugute und erweitern das Kultur- und Freizeitangebot in der Gemeinde.**

#### **Unsere Maßnahmen:**

- Ausgehend von nationalen Vorgaben, initiiert die Gemeinde zusammen mit lokalen Vereinen und den Nachbargemeinden die Ausarbeitung eines Tourismuskonzeptes für die Region. Priorität genießt dabei die Bewahrung und die sanfte Nutzung des natürlichen, kulturellen und historischen Erbes.
- Die Gemeinde erstellt ein Inventar der schützenswerten Gebäude, Plätze oder Landschaften und gibt sich eine Strategie, um diese zu erhalten bzw. aufzuwerten. Anschließend gilt es dieses Inventar durch aufwertende Infrastrukturen zu ergänzen und durch ansprechendes Informationsmaterial zu vermarkten.
- Die Gemeinde arbeitet eng mit den Nachbargemeinden (im ORT – Office régional du tourisme) und den Strukturen der Großregion zusammen und sorgt so für eine breite Vernetzung des Angebots.
- Neue kommunale Dienstleistungen und Infrastrukturen werden so ausgerichtet, dass sie sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch dem Tourismus zugutekommen.
- Die Gemeinde achtet darauf, dass die Region professionell vermarktet wird, wobei besonders jene Tourismusinfrastrukturen im Vordergrund stehen, die den Kriterien der Umweltverträglichkeit gerecht werden (wie Fahrrad- und Wanderwege sowie Ecolabel oder Bed+Bike). Dazu gehört auch eine gute Anbindung der Tourismusinfrastrukturen an den öffentlichen Transport.
- Eine qualitative Verbesserung des Angebots für Touristen sieht thematische Fahrrad- und Wanderwege, geführte Besichtigungen, Informationszentren, Jugendherbergen, ‚gîtes ruraux‘ und ‚gîtes d’étapes‘ vor.
- Die Gemeinde achtet auf gut ausgeschilderte Wander- und Fahrradwege und hält die entsprechenden Infrastrukturen in Stand.
- Es werden Natur- und Kulturpfade angelegt, auf denen durch Hinweise und Beschriftung die spezifische Geschichte und Natur der Gemeinde erklärt werden.